

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Salz a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Insertate

Kosten die dreispaltige Petitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 11.

Salz, den 15. März 1907.

VIII. Jahrgang.

Sozialpolitik im Reichstage.

Im Reichstag begannen vergangenen Samstag die sozialpolitischen Debatten, auf die man diesmal aus besonderen Gründen, die hier unerörtert bleiben können, gespannt sein durfte. Wie sich die einzelnen Parteien zur Sozialpolitik stellen, darüber muß sich der Gewerkschaftler aus seinem politischen Leitblatte informieren, wo es sich aber um Prinzipienfragen handelt und diese traten in der ersten Debatte am Samstag in den Vordergrund, da hat auch ein Gewerkschaftsblatt die Aufgabe, seine Leser aufzuklären, sie darauf hinzuweisen, was in Zukunft zu erwarten ist und in welcher Richtung gearbeitet werden muß, um das etwa in Aussicht Gestellte zu erreichen, oder auch — zu verhindern. Die reine Sozialpolitik hängt ja mit der Gewerkschaftsfrage auf das Engste zusammen; sie ist in vielen Beziehungen der Untergrund, auf der die ganze Bewegung aufgebaut werden muß.

Die große

Prinzipienfrage.

um die es sich zunächst handelte, ist die: Ist die Regierung gewillt, eine gesunde Sozialpolitik fortzuführen, oder liegt es in ihrer Absicht, auf die Stimmen derer zu hören, die wie kürzlich die Scharfmacherischen Wirtschafts- und Steuerreformer ihr ein lautes „Rückwärts, rückwärts Don Rodrigo“ zurufen? Staatssekretär Graf Posadowsky hat am Samstag gleich im Anfang seiner Rede eine klipp und klare Antwort gegeben, die allerdings nur dann Wert behält, wenn den Worten die Taten folgen. Er sagte:

„Der Reichstag und die verbündeten Regierungen sind fest entschlossen, in der Sozialpolitik fortzuführen. Ob wir Sozialpolitik treiben oder nicht, darüber sind die Ansichten sehr verschieden. Es gibt einen Standpunkt, der auch in Deutschland, wenn auch in verschleierter Form, in der Öffentlichkeit sich bisweilen geltend macht, der, wenn er ganz sein Herz erhebt, erklärt: die Sozialpolitik sei ein verhängnisvoller Schritt. Der Kräftige in der Welt wird sich behaupten, der Schwache muß untergehen. Die Staaten, die keine Sozialpolitik treiben, sind besser daran, als die andern. In dieser klaren Form äußert man sich nicht; man erklärt, man ist für soziale Reform, bekämpft aber jeden einzelnen Schritt, der auf dem Wege weiterführt. Auf diesem Standpunkt steht nicht der Reichstag, auf diesem Standpunkt stehen nicht die verbündeten Regierungen, und ein Volk, das in diesem Maße in der Volksbildung fortgeschritten ist, stellt höhere Anforderungen auch im Unglück an seine Lebenshaltung, und deshalb kann in einem Volk von dem Kulturstand des deutschen Volkes die Sozialpolitik nicht stille stehen trotz aller stillen und offenen Gegner.“

Diese offene Abjage an die Scharfmacher und sozialpolitischen Reaktionen wirkt erfrischend, Hoffnung erweckend. Freilich wird sie dem Staatssekretär manchen neuen Gegner verschaffen, wenn auch für diese die nachfolgenden Ausführungen über das

Berufsvereinsgesetz

wieder etwas versöhnend wirken dürfen. Nach der Ansicht des Staatssekretärs haben die Gegner die Gesetzesvorlage mißverstanden und zwar in folgender Beziehung: Die Forderung auf Einführung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ging doch, so meinte Graf Posadowsky, von der Grundlage aus, die betr. Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches zu beseitigen und ein anderes Verfahren einzuführen. Diese Forderung war den Berufsvereinen angenehm. Aber wie im Leben, so kommt auch bei der Gesetzgebung der Appetit beim Essen, und so knüpfte man die Forderung daran, die früher nicht in Verbindung mit der Änderung des B. G. erhoben war, man wolle eine Neuregelung des Koalitionsrechtes und des gesamten Vereins- und Versammlungrechtes, Dinge, die auf einer wesentlichen andern Grundlage stehen. Es ist dem Gesetzentwurf auch in der öffentlichen Meinung dadurch in seiner Veranschaulichung schwerer Schaden zugefügt worden, daß man behauptet hat, daß Gesetz über die Arbeitskammern wolle sich aufbauen auf dem Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, und man wolle an den Arbeitskammern nur diejenigen Arbeitergruppen beteiligen, die innerhalb der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine stehen. Diese Auffassung ist irrtümlich. Nach dem Standpunkt, den die verbündeten Regierungen bei der Vorlage des Gesetzes hatten, soll das Gesetz über die Arbeitskammern nicht aufgebaut werden auf dem Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Es soll mit dem Gesetz über die Berufsvereine in keinen innern Zusammenhang gebracht werden.

Es mag solche Leute gegeben haben, die aus den vom Staatssekretär angeführten Gründen den Entwurf verwarfen. Daß sie aber ihn im Sinne der Sozialpolitik beseitigt haben wollten, wird man weniger behaupten dürfen. Die Gewerkschaften müßten sich gegen die Fassung des Entwurfes wenden, weil er ihnen wenig blumig hat. Die Forderung nach einer Regelung des Koalitionsrechtes und des gesamten Versammlungrechtes mußte mit zwingender Notwendigkeit in

den Vordergrund treten, weil sich eben gerade an der Gesetzesvorlage die Mangelhaftigkeit unseres bestehenden Versammlungrechtes zeigte.

Bis zu einem bestimmten Grade kann man dem Grafen Posadowsky zustimmen, wenn er bezgl. der

Arbeitskammern

ausführte:

„Ich würde es vielleicht für praktisch halten, um ganz unzweifelhaft dieses Mißtrauen zu beseitigen, daß die verbündeten Regierungen sich erst einigen über das Gesetz über die Arbeitskammern und dann erst in Erwägungen eintraten über das Gesetz für die Berufsvereine, ob es wieder eingebracht werden soll. Was das Gesetz über die Berufsvereine anlangt, so ist es selbstverständlich, daß nach der Kritik der verschiedenen Parteien die Regierungen von neuen Erwägungen anstellen werden, ob und welche Modifikationen daran vorzunehmen sind und ob und wann das Gesetz wieder einzubringen ist. Bei dem jetzigen Stande der Verhandlungen kann ich mich auf keine weiteren Erklärungen einlassen. Wegen des Gesetzes über die Arbeitskammern habe ich mich bereits mit den zuständigen Stellen in Verbindung gesetzt. Die kommissarischen Verhandlungen stehen bevor und soweit, wie ich mich allgemein und unverbindlich äußern kann, nehme ich an, daß in der nächsten Session des Hauses dem Reichstage ein Gesetzentwurf über Arbeitskammern vorgelegt werden wird.“

Die letztere Erklärung wird in der Arbeiterschaft mit Befriedigung aufgenommen werden, denn mit der Errichtung von Arbeitskammern dürfte eine der wichtigsten sozialpolitischen Forderungen ihrer Verwirklichung entgegen gehen.

Aus den sonstigen Ausführungen des Staatssekretärs geben wir noch diejenigen über die

Arbeitszeit der weiblichen Personen

wieder. Sehr mit Recht sagte er:

„Ich bin der Ansicht, daß in einer Zeit, wo schon die preussische Staatsregierung und zahlreiche andere Bestehende zur neunstündigen Arbeitszeit für Männer übergegangen sind, die elfstündige Arbeitszeit der Frauen nicht länger aufrecht zu erhalten ist. Der gesunde Körper der Frau, der uns das künftige Geschlecht liefern soll, ist in unserm Volksleben ein so wichtiger Faktor, daß wir bei unserm fortschreitenden Arbeitssystem, das auch mit fortschreitenden Gefahren für Gesundheit und Leben verbunden ist, dieser Frage ein aufmerksames Auge zuwenden müssen. Ich bin mit dem preussischen Handelsminister darin einverstanden, daß der zehnstündige Arbeitstag der Frauen eingeführt werden muß und ich hoffe, daß die verbündeten Regierungen einer Vorlage zustimmen werden, die diese Einführung ausspricht. Ich hoffe, daß in der nächsten Session dem Reichstage eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden kann. Aber es wird notwendig sein, für die Einführung des 10 stündigen Arbeitstages der Frauen eine gewisse Uebergangszeit und gewisse Ausnahmen zuzulassen. Unter dieser Voraussetzung bin ich mit dem preussischen Handelsminister einig, daß die Gesetzgebung in dieser Richtung unter allen Umständen zu ändern ist.“

Nach diesen Erklärungen haben die Arbeiter allen Grund, der nächsten Reichstagsession doppelte Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Auf der andern Seite ist es aber ihre Pflicht, immer mehr die Organisationen zu stärken und ihre Mitglieder zu schulen.

Bürstenindustrie Aktiva-Unternehmungen.

Von den Branchen der Holzindustrie ist dem Entwicklungsgange nach zu urteilen, die Bürsten- und Pinselherstellung diejenige, die für den Stoppbetrieb zugeschnitten ist. Im Laufe der Zeit sind so eine Anzahl Unternehmungen entstanden, die dem Auge der Zeit folgten und sich in Aktien-Gesellschaften umwandeln. In der Hauptsache kommen hier folgende Werke in Betracht: Vereinigte Pinselabriken in Nürnberg, Aktien-Gesellschaft für Bürsten-Industrie in Striegau, Schönheider Bürstenfabrik, Aktien-Gesellschaft, Bürstenfabrik Aktien-Gesellschaft in Erlangen, Bürstenfabrik Pensberger, München und die Bürstenfabrik Aktien-Gesellschaft in Schönan i. B.

Es ist nicht uninteressant, die Geschichte dieser Unternehmungen seit ihrer Umwandlung zu Aktien-Gesellschaften zu verfolgen. Das „Handbuch der deutschen Aktien-Gesellschaften“ gibt in etwa Aufschluß. Aus diesem seien die wichtigsten Daten und Zahlen der ersten genannten drei Werke wiedergegeben:

Die „Vereinigten Pinselabriken“ in Nürnberg, entstanden durch eine Zusammenlegung verschiedener Unternehmungen im Jahre 1889. Uebernommen wurden die Bürstenfabriken von Gebr. Gommernann, G. C. Weigbarth, Sohn, E. Held's Erben; Schuster u. Kehlen; Stephan Stabelmann, J. M. Weigbarth u. Co., Pauschinger u. Co., Weigel u. Co., Bär u. Böhm u. Andreas Brummer, sämtlich in Nürnberg, sowie die Firma S. Nowack in Gumbelstein. Nachträglich erworben wurden noch die Werke der Firmen: Gebr. Dit; Linzmayer u. Schwab; Nowack u. Siegfried und Ferd. Diez u. Co. in Nürnberg. Die bei der Gründung über-

im Buche, während das Aktienkapital 3 000 000 M. betrug. Nach einer Erhöhung im Jahre 1895 beträgt letzteres nunmehr 3 750 000 M. An Hypotheken hat die Gesellschaft 623 728 M. aufgenommen. Der Immobilienbesitz setzt sich aus sechs Fabriken und verschiedenen Bauplätzen zusammen.

Der Zweck des Unternehmens ist die Fabrikation von Pinseln aller Art, sowie deren Zutaten und Bestandteile. Das Hauptabgabebiet der Gesellschaft ist das Ausland und werden circa 1/4 der Produktion exportiert. Die „Vereinigten Pinselabriken“ besitzen wohl aus dem vorerwähnten Grunde Filialen in New-York, London und Sing.

Der vom Werte erzielte Gewinn wird folgendermaßen verteilt: 5% zum Reservefonds. Beitrag zum außerordentlichen Reservefonds nach Gutachten des Aufsichtsrats, ferner 4% Dividende, vom verbleibenden Rest 10% Anteile an den Aufsichtsrat, 10% an den Vorstand und die Beamten des Unternehmens. Der Ueberrest fließt zur Verfügung der Generalversammlung. Aus dem Spezial-Reservefonds sollen Extrazugaben bei einer eventuellen Konzentration der Betriebe bestritten werden.

Die Gesellschaft war jedoch bisher immer in der glücklichen Lage, ihren geplagten Aktionären eine höhere Dividende wie die vorgezeichnete, 4%, zu überreichen. Im ersten Geschäftsjahre, das 1890 abschloß, gelangten 7 1/2% zur Verteilung. Die folgenden Jahre brachten 8 1/2, 6, 6 1/2, 8, 9, 10, 10, 11, 11, 11, 12 1/2, 12 1/2, 12 1/2, 12 1/2, 12 1/2%. Die letzten 14 Jahre brachten somit eine fortgesetzte Steigerung der Ausbeute.

Mit der Steigerung der Dividende steigt naturgemäß auch der Kurs der Aktien an der Börse und sind die der Vereinigten Pinselabriken ein sehr geluchtes Objekt. An der Berliner Börse standen die Aktien der Gesellschaft am Jahresabschluss 1894 mit 130,30% im Kurse, 1906 dagegen mit 230%. Der höchste Kursstand, 233,50% wurde im Jahre 1905 erreicht. In der Frankfurter Börse waren die Kursbewegungen ungefähr die gleichen.

Von zentraler Bedeutung ist auch die Aktien-Gesellschaft für Bürstenindustrie, vormalig C. H. Roegner, Striegau und D. J. Dufas, Freiburg i. B. Der Sitz der Gesellschaft ist Striegau in Schlesien. Gründungsjahr der Firma ist 1893. Zweck des Unternehmens ist die Fabrikation von Bürsten, Pinseln und verwandten Artikeln und deren Verwertung, speziell Uebernahme und Erweiterung der von der Firma C. H. Roegner-Striegau betriebenen mechanischen und der von der Firma D. J. Dufas in Freiburg i. B. d. selbst betriebenen Bürstenfabrik. Die Fabrikation in Freiburg i. B., wofür sich bis zum Jahre 1894 eine Niederlassung befand, wurde aufgehoben und das dortige Fabrikament verkauft. 1898 wurde die Bürstenzuchterei von J. Rathmann in Neusalz a. O. erworben, welches Geschäft als C. m. b. H. mit 100 000 Mark Kapital selbstständig weitergeführt wird. Sämtliche Stammanteile sind jedoch im Besitz der Striegauer A.-G. 1900 wurde ein Sägewerk in Cisna (Galizien) gegen einmalige Zahlung von 100 000 K. gepachtet, um von dort die nötigen Hölzer in geschüttem Zustand zu beziehen. Die genannten Fabrikanten gingen i. J. für zur 1 560 069 M. in den Besitz der A.-G. über.

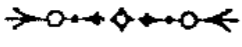
Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 1 500 000 M. Auf das Striegauer Werk wurden 250 000 M. als Hypothek aufgenommen.

Die Gewinnverteilung soll nach folgenden Grundätzen geregelt werden: Mindest 5% zum Reservefonds eventuell Sonderrücklage; bis 10% vertragmäßige Anteile an Vorstand und Beamte; bis 4% Dividende; vom Rest 10% Anteile an den Aufsichtsrat und der Ueberrest nach Gutachten und Generalversammlung. Die Aktien der Gesellschaft haben zwar nie die Kurshöhe erreicht wie die Nürnberger „Vereinigten Pinselabriken“, doch ist der erzielte Gewinn für die Aktionäre ein annehmbarer. Der Kurs betrug bei Zulassung der Aktien an der Berliner Börse im Jahre 1903 122,50%, Ende 1906 146,25%. An Dividende wurden gezahlt 6, 8, 8, 9, 9, 9, 9, 8, 8, 7, 8, 9, 9%. Beschäftigt werden von der Gesellschaft etwa 800—1150 Arbeiter. Davon in Striegau 600—700, Neusalz 200—250 und Cisna 50—200.

Die „Schönheider Bürstenfabrik Aktien-Gesellschaft“, vorm. F. L. Lent in Schönheide, Erzgebirge, ist ebenfalls ein Werk, das seine Besitzer ernährt. Die bisher, seit Gründung der Gesellschaft im Jahre 1899, verteilten Dividende betragen 6, 5 1/4, 6, 6, 9 und 9%. Der Uebernahmepreis der Unternehmungen betrug bei der Gesellschaftsgründung 640 268 M. Das Aktienkapital hat eine Höhe von 500 000 M. An Hypotheken wurden 100 000 M. zu 4 1/2% aufgenommen. Bei der vorgezeichneten Gewinnverteilung ist auch hier der Aufsichtsrat am besten bedacht. Wie bei den übrigen Unternehmungen soll er 10% des Gewinnes erhalten, während den Beamten und dem Vorstande nur 5% zugestanden werden.

Von nicht geringerer Ertragsfähigkeit sind auch die sonstigen Unternehmungen der Bürstenindustrie. Eine Auf-

nahme macht nur die Bürstenfabrik Akt.-Ges. in Schönau, die bisher nur einmal eine Dividende von 4 1/2% zur Verteilung brachte. Im allgemeinen aber ist die Bürstenfabrikation für den Großbetrieb ein äußerst gewinnbringendes Geschäft.



Trotzdem noch immer neutral!

Jüngst, so schreibt uns ein Kollege aus einer Sektion der Tapezierer, und verwandter Berufe, fand hier am Orte eine öffentliche Versammlung für unseren Beruf statt, und hatte ich hier Gelegenheit, wiederum das Märchen von der parteipolitischen Neutralität der „freien“ Gewerkschaften zu hören. Mancher in der Gewerkschaftsbewegung noch weniger erfahrene Kollege wird sich bei den fortgesetzten Beteuerungen der „freien“ Gewerkschaftsführer die Frage vorgelegt haben, ob die gepredigte Neutralität auch den Tatsachen entspricht. Es sei daher die Berechtigung dieser Frage einer kurzen Betrachtung unterzogen.

Der soeben beendete Reichstagswahlkampf zeigte uns die „freien“ Gewerkschaften wieder in ihrer wahren Gestalt. Wie schon des öfteren, so standen diese auch jetzt wieder mitten im Kampfgewühl auf Seiten der roten Partei. Die Worte Bismarcks: „Sozialdemokratie und „freie“ Gewerkschaften sind eins“, sind noch nie zuvor so glänzend gerechtfertigt worden, wie in der verflochtenen Wahlkampagne. Bereits in Nr. 2 dieses Blattes ist das Verhalten der „freien“ Verbände der Holzindustrie während des Wahlkampfes in gebührender Weise gekennzeichnet und ins rechte Licht gestellt worden.

Wer jedoch meint, mit den „freien“ Verbänden unseres Berufes stünde es besser, der irrt sich. Diese stehen den übrigen „freien“ Gewerkschaften in dieser Beziehung nichts nach. Überall, in den Versammlungen und in der Presse wurde offen Propaganda für die Sozialdemokratie gemacht.

So zum Beispiel druckte das „Korrespondenzblatt“ des Verbandes der Tapezierer Nr. 26 06 den Wahlauftrag der sozialdemokratischen Partei ab und zum Kampfe aneifernd schließt es: „Mit gewaltiger Kampfeslust gilt es den Kampf zu führen und den Sieg an die Fahnen der Arbeiter, der Sozialdemokratie zu heften“. Dasselbe Blatt gibt in Nr. 1 07 einen zweizeiligen Druckspalten langen Reichstagswahlartikel des Genossen Umbreit aus der „Neuen Gesellschaft“ wieder, in dem es unter anderem heißt: „Der gegenwärtige Wahlkampf wird der Einigung von Partei und Gewerkschaften in Rammstein die Feuerprobe geben. Wenn jemals, dann ist gerade jetzt ein inniges Bündnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie ein Bündnis der Gewerkschaften selbst“. In ihrer Nr. 3 bringt dieselbe Zeitung einen Artikel über „Deutsche Arbeitervereine“ und sucht den Wert der sozialen Gesetzgebung für die Arbeiter in ein möglichst ungünstiges Licht zu stellen. Am Schluß heißt es: „Wenn trotzdem die deutschen Arbeiter als die unglücklichsten der Welt bezeichnet werden, so danken sie ihre heutige Stellung in nichts den Regierungen und den herrschenden Klassen, sondern einzig und allein der mehr als vierzigjährigen politischen und gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit in Organisation und Kampf, die mit dem Birken der Sozialdemokratie unauflöslich verknüpft ist. Sehr richtig schreibt Herr von Sillow: „Von solchem Druke muß das deutsche Volk sich frei machen“. Deshalb wählen die Millionen deutscher Arbeiter am 25. Januar nur Sozialdemokraten.“

Nach besser macht es das Organ des Sattlerverbandes die „Zukunft“. In Nr. 16 06 heißt es in einem Artikel „In den Wägen“: „Nun die deutsche Arbeiterschaft ist bereit, den Kampf aufzunehmen. Noch stehen wir unter dem Eindruck der Reichstagsdebatten über die Reichstagsfähigkeit der Berufsvereine. Es stehen jetzt sehr wichtige Gewerkschaftsinteressen auf dem Spiele und haben wir daher ein großes Interesse an dem Ausgange der Wahlen. Die Wahrung dieser Interessen ist uns wichtiger, als es nur eine eifrige Partei gibt, zu der wir unbedingtes Vertrauen setzen können und dieses ist einzig und allein die Sozialdemokratie.“

Gleichzeitig muß es auch das Ziel sein, der Partei mehr noch Eingang zu verschaffen, um so die für uns stimmenden Wähler zum dauernden Bestehen der Sozialdemokratie zu machen.“

Die Nr. 3 desselben Blattes läßt sich folgendermaßen verstehen: „Noch nie hat eine Reichstagswahl mehr Bedeutung für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft gehabt, als die am 25. Januar stattfindende. Die Wahrung der Rechte des Volkes liegt aber am besten in den Händen der Sozialdemokratie. Sie allein nur kann für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft — und somit auch für unsere Kollegenschaft — am 25. Januar in Betracht kommen.“

Den Bogen der parteipolitischen Neutralität schießt die „Portefeuille-Zeitung“ des Schreiner- und Tischlerverbandes. Dieses Organ, zwar eine wahre Spezialität in punkto Parteipolitik, konnte natürlich des Wahlkampfes auch nicht umhin, die Waage etwas zu leiten. Folgendes ist in Nr. 1 07 zu lesen: „... Nicht minder müssen die Gewerkschaften ihre Mitglieder daran erinnern, daß die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels nicht ausreicht, um den politischen Willen der Arbeiterschaft auch den Erfolg zu verschaffen. Diese Organisationen keine Nacht! Deshalb müssen die Gewerkschaften auch den sozialdemokratischen Wahlvereinen beistehen und als Arbeits- und Hausgenossen zu ihnen herangehen.“

„Möge jeder Arbeiter dahin wirken, daß alle Arbeiterstimmen sich auf die Wahl von Vertretern der Sozialdemokratie konzentrieren. Das ist der beste Dienst, den er sich leisten kann.“

Das ist die Neutralität unserer Gegner. Doch noch scheint das die „Freien“, die sind eben nur neutral, wenn sie in nicht sozialdemokratischen Arbeiterkreisen auf Campbell auszuweichen. Doch mit dem Propagandamachen in Versammlungen und Presse nicht genug. Auch die Gewerkschaften wurden zu Campen des roten Wahlbundes noch wirksam ge-

schöpft. Ob die Mitglieder alle damit einverstanden sind, danach fragt man nicht. Man nimmt sich eben die „Freiheit“.

Der „Vorwärts“ quittiert in Nr. 8, 14 und 15 1907: Vorstandszugung der Sattlerhilfsklasse Berlin 3,25 Mark
Verband der Tapezierer, Filiale Berlin 300,—
Sattler 200,—
Lokalasse der Dreibriemenjattler Berlin 25,—
Verband der Sattler, Ortsvereine 100,—

Die rote „Niederdeutsche Arbeiterzeitung“ in Duisburg quittiert unter anderem von der Zahlstelle der Sattler in Duisburg in Nr. 7. 07 8,00 Mk. Die „Portefeuillezeitung“ meldet in Nr. 2. 07, daß die Zahlstelle Enckheim der Portefeuille dem Wahlfonds 10 Mk. überwiesen habe.

Das „Korrespondenzblatt“ der Tapezierer meldet in seinen Nr. 3, 4, 5 und 6 aus der

Zahlstelle München für den Wahlfonds	20,—	Mk.
Altona	30,—	„
Ghemnis	15,—	„
Eisenmach	15,—	„
Siefen	18,70	„
Wiesbaden	10,—	„
Jwidau	25,—	„
Dortmund	25,—	„
Solingen	5,—	„
Halle a. S.	50,—	„

Das sind bereits 860 Mk. die von den Mitgliederbeiträgen dieser drei uns besonders interessierenden Verbänden in den Wahlfonds der roten Judenpartei gewandert und von den eigenen Blättern quittiert worden sind. Wie groß aber mögen die Summen sein, von denen die Öffentlichkeit nichts erfährt?

Ueber die „Neutralität“ dieser Gewerkschaften kann sich ja jeder selber sein Urteil bilden. Schwer kann es wirklich nicht fallen.

Von den gesamten „freien“ Gewerkschaften sind, wie sich bis jetzt aus den Quittungen der roten Presse ersehen läßt, rund 80 000 Mk. für den sozialdemokratischen Wahlfonds gespendet worden. Diese Tatsachen werden eine laute Sprache und sollten doch endlich einmal den nichtsozialdemokratischen Mitgliedern der „freien“ Gewerkschaften zu Gemüte führen, daß ihres Bleibens dort länger nicht mehr sein kann. Pflicht aber ist es jetzt für jeden christl. Gewerkschaftler diesen roten Heuschlern die Maske vom Gesicht zu reißen, wo immer sich Gelegenheit dazu bietet.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 11. **Wochenbeitrag** für die Zeit vom 10. bis 16. März 1907 fällig ist.

Die Fragebogen, auf denen die Adressen der Vorstandsmitglieder angegeben werden sollen, sind trotz mehrmaliger Mahnung von folgenden Zahlstellen noch nicht zurückgefordert: München Zap., Rosenheim, Straubing, Amberg, Wangen, Heilbronn, Schweningen, Luitenthal, Gomburg u. d. H., Neu-Tienburg, Soffenheim, Worms, Stolberg, Eifelenz, Emmerich, Weeze, Berken, Rülheim Ruhr, Ruhrort, Wald Hamm, Haspe, Hserlohn, Reschede, Oldenburg, Dresden und Gleiwitz.

Vorstehende Zahlstellen erhielten in dieser Woche in den Zeitungspaltaten zum dritten Male den Fragebogen zugesandt. Wir hoffen bestimmt, daß weitere Mahnungen nicht mehr notwendig sind. Wird der Fragebogen nicht zurückgeschickt, haben die Zahlstellen es sich selbst anzuschreiben, wenn ihre Korrespondenzen in Zukunft nicht beantwortet werden.

Mit der nächsten Nummer werden die Abrechnungsformulare für das I. Quartal versandt. Wir machen frühzeitig darauf aufmerksam, damit die Ortsverwaltungen unverzüglich mit den Vorbereitungen für die Abrechnung beginnen sollen.

Bei Unterstützungsanträgen ist seitens der Ortsverwaltungen darauf zu achten, daß die betr. Mitglieder mit dem Zahlen der Beiträge nicht im Rückstande sind. Wer nach § 34 des Statuts länger wie 6 Wochen mit den Beiträgen rückständig ist, hat keinerlei Anspruch auf Unterstützungen.

In letzter Zeit werden vielfach Geldbeträge an die Hauptkasse eingezahlt ohne die Bestimmung des Betrages anzugeben. Die Kassierer der Verwaltungstellen werden ausdrücklich auf den in den Anweisungen für die Ortsverwaltungen enthaltenen diesbezüglichen Befehl aufmerksam gemacht. Dringend notwendig ist die genaue Angabe auch bei der Einzahlung der monatlich eingehenden Abrechnungssummen. Man gebe also auf der Rückseite des Kopfabchnittes frei an, ob der Betrag Abrechnungssumme und welche Art, oder Grundentlastung, Grundbeiträge usw. Diefach werden lange Bemerkungen auf den Kopfabchnitt gemacht und die obigen wichtigen Angaben vergessen. Rückstellungen und Restriktbestimmungen, wenn derselben nicht ganz kurz sein können, werde man frei auf Postkarten oder in Briefen.

Diejenigen Zahlstellen, die sich miteinander vereinigt haben, dürfen in Zukunft auf ihren Stempeln nur mehr den Ortsnamen führen, den auch die Zahlstelle führt. Wenn sich also zum Beispiel die Zahlstelle Kassel mit Mainz vereinigt, so dürfen auch der Vereinigung die Stempel nur die Bezeichnung „Zahlstelle Mainz“ führen.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Ablauf des Monats ein Bericht über den Gang der Bewegung einzuliefern; ebenfalls soll die Bilanz vor dem Jahrschluß

Zugang ist fernzuhalten von Schreiner nach Berlin, Neustadt O-Schlesien (Aug. Habel), — von Stellmach nach Köln (Elektromobilwerke S. Scheel, von Tapezier nach Essen und Berlin, Holzarbeitern aller Branchen nach Siegenhals O-Schl. und Lohne Dd.

Die Aussperrung in der Berliner Holzindustrie scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Die letzte Woche brachte keine Vergrößerung der Zahl der Aussperrten. Ob sich die Situation in nächster Zeit ändern wird, bleibt abzuwarten. Augenblicklich soll eine einflussreiche, den Kreisen der Holzindustrie fernstehende Person an der Arbeit sein, um die Verhandlungen einzuleiten. Die „Fachzeitung“ der Arbeiter berichtet darüber folgendes:

„Von einer außerhalb der Holzindustrie stehenden Seite an beide Teile mit der Anfrage herangetreten, ob es nicht möglich sei, in Verhandlungen über eine Beendigung des Kampfes einzutreten. Von Seiten der befragten Arbeitgeber war erklärt, daß man, wie stets betont, selbstverständlich gern den Frieden wolle, daß aber die unerträgliche Bedingung bei Bestand bleiben von Seiten des Holzarbeiter-Verbandes auf die Forderung einer Verkürzung der Arbeitszeit Verzicht geleistet werde.“

Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß auf dieser Basis Verhandlungen aufgenommen werden könnten.

Wie wir ferner erfahren, ist in einer am 7. März abgehaltenen Versammlung der Arbeitslosen beschlossen worden, den Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes zu beauftragen, in Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzutreten.“

Da die Arbeitszeitverkürzung eine der wichtigsten Forderungen des sogd. Holzarbeiterverbandes war, ist es wohl ausgeschlossen, daß genannter Verband auf dieser Grundlage eine Einigung herbeiführen wird. Die Kampfesfreudigkeit der Mitglieder ist nach der „Holzarbeiter-Zeitung“ eine gute und überall rüsten sie sich auf die in vielen Städten drohenden großen Kämpfe.

Erfolg bei der Firma Dieffenbach in Duisburg. Die Kollegen bei der Firma Dieffenbach reichten in der vergangenen Woche Forderungen ein. Durch Entgegenkommen der Firma ist die Angelegenheit nunmehr erledigt. Die Forderungen wurden bewilligt. Für Akkordarbeiter beträgt die Lohnaufbesserung 7 1/2%. Der Stundenlohn wird von 4 auf 48 Pfg. erhöht. Ueberstunden werden mit 10 Pfg., Nachtarbeit mit 25 Pfg. und Sonntagsarbeit mit 50 Pfg. Aufschlag pro Stunde bezahlt.

Die Aussperrung der Tapezierer in Berlin nimmt größeren Umfang an. Von Bedeutung für den Verlauf des Lohnkampfes ist folgender Beschluß der Tapezierer-Zwangsjnning, den diese in ihrer Versammlung vom 8. März faßte: „Bisher wurden nur die organisierten Gehilfen ausgesperrt, während die Nichtorganisierten weiterarbeiten durften. Die Maßregel führte nach Ansicht der Unternehmer zu Unzuträglichkeiten und zur Verlängerung des Lohnkampfes. Die Jnnungsversammlung beschließt daher sämtliche Tapezierergehilfen in Berlin und Umgegend auszusperrten.“

Dieser Beschluß der Jnnung dürfte eine heilsame Lehre für die Unorganisierten sein, die kaum daran denken, daß auch für sie die Stunde der Verwicklung in einen Lohnkampf schlagen kann. Von der Aussperrung sind auch die Mitglieder unseres Verbandes betroffen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Erneuerung des Tarifvertrages bei der Firma Steiner in Bonn. Mit der Firma Peter Steiner (Möbelfabrik) fanden am 6. und 8. März Verhandlungen zwecks Erneuerung des vor zwei Jahren vereinbarten Tarifvertrages statt. Zu den, durch den alten Vertrag erreichten Vorteilen, insbesondere der 9 stündigen Arbeitszeit gelang es diesmal wiederum, neue Verbesserungen hinzuzufügen. Der alte Vertrag, der auf zwei Jahre und zwar bis zum 15. April 1909 verlängert wurde, erhält folgende Zusatzbestimmungen:

Zu § 1. Der Arbeitsauschuss besteht aus 3 Schreiner, 1 Bildhauer, 1 Polierer und 1 Maschinenschreiner. Die dem Arbeitsauschuss angehörenden 3 Schreiner bilden die im Vertrag erwähnte Lohnabstufungskommission. Der Arbeitsauschuss soll auch in den Fällen, wenn von Seiten des Arbeitgebers eine Pflichtverletzung eines Arbeiters angenommen wird, zur Feststellung und Beratung über Abhilfe herangezogen werden. Außerdem soll derselbe zur Beschaffung neuer Arbeitskräfte mit behilflich sein.

Zu § 3. Auch den Akkordarbeitern sollen die vor hohen Feiertagen ausfallenden Stunden entsprechend ihrem Lohnsatz bezahlt werden.

Zu § 5. Auf die heute bestehenden Tagelohnsätze soll am 15. Juli 1907 und ferner am 15. Juli 1908 je eine 5%ige Erhöhung eintreten.

Der Berechnung der Akkordsätze ist bis zum 15. Juli 1907 der Stundenlohnsatz von 52 Pfg.; dann bis zum 15. Juli 1908 von 54 1/2 Pfg., und dann bis zum Ablauf des Vertrages von 58 Pfg. zu Grunde zu legen.

Bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt- und Geschäftsräume bzw. Ausstellungsräume erfolgt auf den Stundenlohnsatz ein Zuschlag von 5 Pfg. pro Stunde. Wenn die Erreichung seiner gewohnten Koststelle dem Arbeiter über Mittag nicht möglich ist, steht ihm für Beföstigung eine Entschädigung von 1 Mk. zu; für Unterkunft und Beföstigung 2,50 Mk. pro Tag sofern in beiden Fällen nicht höhere Auslagen im Frage kommen. Wird für Kost oder für Unterkunft und Kost eine Entschädigung gezahlt, fällt der Zuschlag von 5 Pfg. pro Stunde fort.

Die festgesetzte Kautions von 7,50 Mk. wird, wenn der betreffende Arbeiter ein Jahr lang im Betriebe beschäftigt ist, zur Hälfte zurückgezahlt.

Zu § 10. Erfolgt ein Vierteljahr vor Ablauf dieses Vertrages seitens der Vertragschließenden eine Kündigung nicht, so läuft derselbe stillschweigend von Jahr zu Jahr weiter.

Lohnbewegung in Lohne (Oldenburg). In dem nunmehr zur Stadt erhobenen Orte Lohne hat sich in den letzten Jahren eine lebhaftere Industrie gebildet. Neben einer landwirtschaftlichen Maschinenfabrik finden wir mehrere Korz-, Bürsten- und Pinselabriken, die ihre Produkte weit über Deutschlands Gauen versenden. Auch der Organisationsgedanke der Arbeiterschaft hat im letzten Jahre gute Fortschritte gemacht. Es war aber auch hohe Zeit, die Kollegenschaft zu der Erkenntnis zu bringen, daß ohne ein einiges geschlossenes Zusammenhalten im Verbands- und ohne Opfer zu bringen, keine Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden kann. Sind doch in der Umgegend von Lohne in den landwirtschaftlichen Maschinen-, Korz-, Bürsten- und Pinselabriken die Löhne durchschnittlich höher und die einzelnen Akkordsätze besser bezahlt, wie in den Fabriken in Lohne. Es war daher nur zu natürlich, daß die Kollegen an eine Verbesserung denken mußten, wollten sie nicht zum Lohnbrücker der Kollegen in anderen Orten werden. Außerdem macht sich auch hier die Steigerung der Lebensmittel und der Wohnungsmiete sehr bemerkbar.

So haben denn die Kollegen in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von C. A. Kentsch ihrem Arbeitgeber Forderungen auf Erhöhung des Stundenlohnes auf 35 Pfg. sowie auf die einzelnen Akkordsätze einen 15-20% Aufschlag unterbreitet. Bereits vor 4 Jahren wurden die jetzt geforderten Lohnsätze gezahlt und weil damals keine Organisation der Kollegen vorhanden war, ließen diese sich die nach und nach erfolgten Abzüge ruhig gefallen. Nach der inzwischen eingetretenen Teuerung dürfte daher die Forderung der Arbeiterschaft nicht als übertrieben bezeichnet werden. Die Firma hat denn auch schon etwas Entgegenkommen gezeigt, mit dem Aufschuß verhandelt und den bisherigen Akkordätzen im Durchschnitt 5% Aufschlag sowie 32 Pfg. Stundenlohn zugesichert bei 10stündiger Arbeitszeit. Allein die Arbeiterschaft kann sich mit diesem Angebot nicht zufrieden erklären und muß wenigstens die Zahlung der alten Löhne und Akkordsätze, wie sie vor 4 Jahren bestanden, verlangen.

Wie uns soeben noch telegraphisch gemeldet wird, hat die Firma sich bei den am Montag den 11. d. M. weiter gepflogenen Verhandlungen geweigert, noch irgend welche Zugeständnisse zu machen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. „In unserer gut besuchten außerordentlichen Generalversammlung am 23. Febr. hielt uns der neue Sekretär der Bau- und Bauhilfsarbeiter, Kollege Reier, einen interessanten und lehrreichen Vortrag über das Thema: „Die wirtschaftlichen Aufgaben der Gewerkschaften“, der reichen Beifall erntete. Hieran schloß sich eine längere, eingehende Diskussion, in deren Verlauf ein aus München, hier auf Montage arbeitender Kollege, die Größe der Münchener Zahlstelle überbrachte. Nach einer kurzen Pause wurde zum Hauptpunkt der Tagesordnung: Erhebung eines Extrabeitrages für die Ausgesperrten geschritten. Nach einem kurzen Situationsbericht des Kollegen Hammling wurde der eingelaufene Antrag, einen Extrabeitrag von 1 Mk. pro Woche für die Zeit der Aussperrung zu erheben einstimmig angenommen. Ebenfalls einstimmig angenommen wurde folgender Antrag: Die ausgesperrten Mitglieder erhalten außer der Streikunterstützung, zu der wir statutenmäßig verpflichtet sind, an Extraauszahlung für die verheirateten Mitglieder 4 Mk. pro Woche, für die ledigen 3 Mk. pro Woche, für jedes Kind 50 Pfg. pro Woche eigens. Zu diesem Beschluß haben uns folgende Ursachen geführt: Wir halten uns als organisierte Arbeiter verpflichtet, aus Gründen der Solidarität den nun schon 10 Wochen im Kampfe stehenden Kollegen gerade jetzt, wo schon zum zweiten Mal die Miete fällig ist, eine höhere Unterstützung zu gewähren. Die Einmütigkeit mit der dieser Beschluß gefaßt wurde, zeigte uns, daß unsere Mitglieder zu allen Opfern in diesem Kampfe bereit sind. Unter den ausgesperrten herrscht noch ungechwächte Kampfeslust. Die Herren Unternehmer können sicher sein, daß wir den Kampf mit voller Kraft bis zum Ende durchführen werden. Unsere Kasse ist noch wohlgefüllt; der Extrabeitrag gilt nur dem oben angegebenen Zwecke. Mit dem ersten Sonnabend im März ist daher ein Gesamtbeitrag von 1,80 Mk. fällig. Kollegen! erleichtert den Vertrauensleuten die Arbeit und zahlt pünktlich die Beiträge!

Steinbach (Württemberg). Mit dem Bewußtsein, daß nur durch Einigkeit unsere Lage verbessert werden kann, haben sich vor einigen Wochen auch die Kollegen der hiesigen Holzwarenfabrik unserem Verband angeschlossen und mit Recht. Sind doch die Akkordlöhne gegenüber den andern Branchenbetrieben bedeutend niedriger. Auch unter den einzelnen Artikeln bestehen noch ungleiche Lohnsätze, sodaß es manchem unendlich ist, sich auf die gleiche Lohnhöhe zu schwingen, wie sein Nebenkollege! Soll nun all dieses zu Gunsten der Arbeiter erledigt werden, so kann das nur geschehen, wenn sich alle Mann an Mann unserem Verbande anschließen. Ein freudiges Leben herrschte auch in der ersten Mitgliederversammlung, in welcher folgende Kollegen zu Vorstandsmitgliedern gewählt wurden: „S. Schwab 1. und S. Krup 2. Vorsitzender, J. Durst Kassierer, Roth Schriftführer und J. Müller Beisitzer. Die Versammlungen finden allmonatlich am Samstag im „Ochsen“ statt.

M. Gladbach. Recht Erfreuliches über das Ersparnis eines Holzarbeiterverbandes hört man aus allen Gauen Deutschlands, aus Nord und Süd. Trotzdem gibt es immer noch einen großen Teil unserer Holzarbeiter, welche in sozialer Kurzsichtigkeit es nicht einsehen, — nicht einsehen wollen, ist in den meisten Fällen richtiger — wie bitter notwendig auch für sie die Organisation ist! Auch hier in Gladbach hat man aber noch mit einer großen Anzahl solcher Leute zu rechnen. M. Gladbach, — die so weit, sogar über Deutschlands Grenzen hinaus als soziale Gedanken und Ideen verbreitende Stätte — ein Indifferentismus, wie reimt sich das zusammen? So werden viele Augenstehende denken! Trotzdem ist es so. Gerade im Holzgewerbe hapert es noch sehr mit der Organisation. Statt ihrem eigenen und des Nächsten Wohl mitzuwirken, sucht sich doch eine große Anzahl Arbeiter durch Gleichgültigkeit, Vereinnahmung und Bergungssucht an ihren Pflichten vorbeizubringen. Gerade diejenigen, welche es am nötigsten haben, kümmern sich am wenigsten um die Organisation. Und gerade hier sind die Löhne der Holzarbeiter viel niedriger wie in den Nachbarorten. Sogar in Bietzen, welches doch bedeutend kleiner wie M. Gladbach ist, werden weit bessere Löhne bezahlt. Um aber zu den nötigen Ausgaben nicht langenden Lohn zu ergötzen, werden von den „Herren“ Holzarbeitern tüchtig überhanden geworfene Selbstverleumdungen ohne dafür einen Aufschlag zu erhalten.

Zur Entschädigung geht man dann Sonntags in irgend eine Festlichkeit eines der Vereine, welchem man angehört, macht sich „Freud satt“, um am anderen Morgen mit mehr oder weniger Arbeitsfreudigkeit seiner Tätigkeit nachzugehen. So geht es dann Woche für Woche, Jahr für Jahr. Holzarbeiter Gladbachs, wünscht Ihr Euch denn nie ein angenehmeres, besseres Los? Gewiß, wünschen tut man es schon, aber mitarbeiten, mithelfen, dazu hat man keine Lust. Wenn den Gladbachern Holzarbeitern eine kürzere Arbeitszeit, ein besserer Lohn und andere Vorteile schon auf einem Präsentierteller angeboten würden, dann wäre es möglich, daß sie zustäfen, d. h. wenn man ihre „Behaglichkeit“ nicht dadurch störte. Andererseits muß aber auch anerkannt werden, daß bei alle Stamm trotz der anscheinenden „Erfolglosigkeit“ fest zum christlichen Holzarbeiterverband hält, durch die immer wieder einsehende unentwegte Aufklärungsarbeit dieser unserer Kollegen muß auch hier im Holzgewerbe der Organisationsgedanke zum Durchbruch kommen. Darum Kollegen, benutzen wir die Zeit nach den aufregenden lärmenden Wahlkämpfen zur ruhigen intensiven Kleinarbeit, um dadurch auch unsere nichts weniger wie guten Verhältnisse einer Verbesserung entgegenzuführen.

Essen. Der in Nr. 10 unseres Organs veröffentlichte Bericht unter Essen als Erwiderung auf den Artikel in Nr. 8 kann, um Mißverständnissen vorzubeugen, nicht unerwährt bleiben. Es wird zunächst behauptet, es könne nur von einem Kollegen die Rede sein. Dem ist nicht so. In dem fraglichen Betriebe, wo sich der Direktor des in Nr. 8 unseres Organs genannten Auspruchs befindet, sind im ganzen 3 Kollegen angestellt und zwar unter anderem unter der Bedingung, daß sie sich an keiner in dem Betriebe vorkommenden Bewegung beteiligen dürfen. Von diesen 3 Kollegen gehört nur noch einer der Organisation an. Die beiden übrigen haben bei der letzten in dem Betriebe stattgefundenen Bewegung Handlangerdienste geleistet und können diese es deshalb für sich als besonderes Verdienst in Anspruch nehmen, daß für die Allgemeinheit nichts dabei heraus gekommen, sondern die Bewegung im Sande verlaufen ist. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet war eben diese Firma in dem Artikel als Beispiel angeführt. Selbstverständlich sind dann die beiden Kollegen von der heft. Zahlstelle aus dem Verbands ausgeschlossen. Außerdem kommen noch zwei weitere Kollegen in Frage, die in jüngster Zeit ebenfalls dem Verband den Rücken gekehrt haben. Einer dieser Kollegen erfreut sich der besonderen Gunst der Frau Reiskerin, was ihn veranlaßt, auszutreten. Der zweite hier in Frage kommende Kollege, dessen Austritt der Artikelsschreiber schon in gewissem Sinne zu erklären sucht, ist unbestritten langjähriges Mitglied und hat sich anerkanntermaßen auch eifrig für den Verband betätigt. Ob der Kollege aber jetzt einen „berechtigten Grund“ hat, nachdem seine Haltung, die er dem Verbands gegenüber eingenommen hat, von einem maßgebenden Kollegen in der Generalversammlung gerechtfertigt worden ist, auszutreten, ist entschieden zu verneinen. Es wird gewiß niemand etwas dagegen einwenden, wenn sich ein Kollege in seinem Arbeitsverhältnis verbessern kann und er hiervon Gebrauch macht. Dieses ist aber doch kein Grund aus dem Verbands auszutreten, weil solche Kollegen niemals wissen, wie lange die „Lebensstellung“ andauert, weiter aber auch nicht vergessen sollten, daß auch für sie die Arbeitszeiterfüllung und Lohnerhöhung eintritt, sofern die organisierten Kollegen dies erreichen. Wie sich ein Kollege, der doch noch Mitglied ist, angefaßt dieser Tatsachen, die auch ihm bekannt und von Schreiber dieses bei einer gelegentlichen Aussprache erklärt worden sind, beleidigt oder getroffen fühlen kann, ist nicht recht verständlich. Und wenn weiter von dem Artikelsschreiber gesagt wird, es sei ihm von einem leitenden Kollegen der Zahlstelle vorgehalten, daß er wohl die längste Zeit Mitglied gewesen sei usw., so ist nach vorstehenden Erfahrungen, die Schreiber dieses hier gemacht, eine derartige Befürchtung nicht ganz unberechtigt. Die Neuerung, die übrigens nicht in dem Sinne und nur in einem Privatgespräch gefaßt, ist eben von dem Einsender selbst an die große Glocke gebracht. Was besonders die Erwiderung auf den Artikel in Nr. 10 des Organs notwendig macht, sind die Zweifel, die der Kollege bezgl. der Mitgliederzahl und der Abrechnung hat aufkommen lassen. Ein Einblick in die Mitgliederliste hätte den Kollegen überzeugen können, daß er tatsächlich noch als pünktlich zahlendes Mitglied gebucht, infolgedessen auch nicht als ausgetreten bezeichnet oder gemeint sein konnte. Hoffentlich wird dieses genügen, um den Kollegen von seiner unnötigen Aufregung zu überzeugen. (Damit Schluß der Debatte, weil sonst die „unnötige Aufregung“ noch weitere Wellen schlagen könnte. Die Red.)

Hagen. (Westf.) Die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle sowie auch die zurechtenden Kollegen werden dringend gebeten, das Umschauen zu unterlassen und den von der Zahlstelle errichteten Arbeitsnachweis zu benutzen. Derselbe wird vom Kollegen Richard Schmitt, Hochstraße 101a geführt.

Mühlberg. Am Sonntag den 24. Februar fand im großen Gutlerhause eine große, christlich-Gewerkschafts-Versammlung statt, welche sehr gut besucht und von der Zahlstelle des christlichen Holzarbeiterverbandes einberufen war. Gewerkschaftssekretär, Kollege Schwarzer-München, welcher über das Thema: „Die Bestrebungen und die Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung“ referierte, schilderte in beredten Worten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter in Gewerkschaften. Redner betonte, daß die Arbeiter das gleiche Recht haben, sich zu organisieren, als alle übrigen Stände und daß die christlichen Gewerkschaften nicht dazu da sind, auf stetem Kriegsfuß mit den Unternehmern zu leben, sondern daß sie, gleich unserem stehenden Heere berufen sind, den Frieden zu schützen und nach Möglichkeit zu erhalten, im Gegensatz zu den Freien, denen es weniger um den wirtschaftlichen Aufschwung des Arbeiterstandes zu tun ist, sondern darum, ihre Mitglieder in der Unzufriedenheit zu erhalten, um dadurch der Partei besser dienen zu können. Redner erwähnte dann noch die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit und die stete Steigerung der Wohnungs- und Lebensmittelpreise und zog dann den Schluß, daß die Notwendigkeit des Zusammenschlusses unbedingt gegeben sei. Lebhafter Beifall lohnte das 1 1/2 stündige Referat und eine Reihe von Kollegen erklärten sich bereit, ihre Aufnahme in die christlichen Gewerkschaften zu betätigen. Auch wurde mit Hilfe der Obmannschaften des bayerischen Eisenbahner- und Postverbandes, sowie den übrigen Zahlstellen, die Erhöhung des ortsblichen Tagelohnes für Mühlberg von 1,80 Mk. bis 2,50 Mk. angestrebt und in einer Eingabe an die Kgl. Regierung auch festgelegt.

Günzburg. Zu der am 3. März, leider etwas verspätet, stattgefundenen Generalversammlung, war auch Kollege H. Schwarzer aus München erschienen. Die Kollegen waren vollzählig anwesend. Nachdem der Bericht des Kassierers und der des Schriftführers gegeben und den betreffenden Kollegen Decharge erteilt war, wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Der bisherige Vorstand, Kollege Mayer, dankte den Kollegen für ihre Mühe während des verfloffenen Jahres und bemerkte, man müge von einer Wiederwahl seiner Person absehen. Nachdem aus der Reihe der Kollegen Vorschläge gemacht waren, wurden

gewählt: Kollege Rausheim zum ersten Vorsitzenden, Kollege Köpf zum zweiten Vorsitzenden, Kollege M. Renner zum Kassierer und Kollege Kohl zum Schriftführer. Als Beisitzer fungieren die Kollegen Ludwig Mayer und A. Högel. Sodann erstattete Kollege Schwarzer ein Referat über: „Die Lage und die Entwicklung der Bayerischen Holzindustrie.“ In klarer, wohlüberdachter Rede legte er den Kollegen die Verhältnisse dar. An Hand zahlreicher statistischer Materials gab er den Kollegen ein treffendes Bild der Verhältnisse. Er zeigte, daß nur durch treues Zusammenarbeiten der Kollegen eine Besserung erzielt werde. Mögen nun die Kollegen in Günzburg nicht die Hände in den Schoß legen und müßig stehen. Es gilt jetzt noch alle fernstehenden Kollegen für unsere Sache zu gewinnen. Wir wollen nicht ruhen und rasten bis auch der letzte noch indifferente Kollege gewonnen ist. Nur dann ist uns und unserer gerechten Sache der Sieg sicher. Darum Kollegen: Auf zur Tat!

Baffau. Verschiedene Umstände brachten es mit sich, daß wir so spät zur Abhaltung der General-Versammlung kamen. Unser Vorsitzender Kollege Piller gab zunächst einen ziemlich ausführlichen Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr, dem hiermit kurz folgendes entnommen sei: Durchschnittlich wurden monatlich zwei Versammlungen abgehalten. Der Besuch ließ manchmal ziemlich zu wünschen übrig; es waren fast immer die gleichen Mitglieder regelmäßig da, während manche sich bei vielen Versammlungen überhaupt nicht einfanden. Auch Vorträge fanden zum Teil in den Versammlungen statt, die gewiß zur Aufmunterung und Belehrung dienten. Die Zahlstelle hing allmählich zu einer ganz ansehnlichen Mitgliederzahl, allein die Erhöhung der Beiträge und die Einführung eines Lokalbeitrages gab manchen schon ohnehin lauen Kollegen Anlaß, dem Verbands den Rücken zu kehren. Dieses Gebahren wurde denn auch von dem Vorsitzenden, sowie von den treuen Kollegen scharf gerügt. Der Vorsitzende ermahnte dann auch die Kollegen alles aufzubieten, um dieselben wieder für den Verband zu gewinnen. Es wurde dann auch in unserer kleinen Zahlstelle das Vertrauensmänner-system eingeführt, um ja die Kollegen nicht in Mißstände kommen zu lassen, was ja auch häufig der Anlaß zum Austritte war. Die Zahlstelle war mit tätig am Zustandekommen eines Diskontokontos und ist auch demselben ange-schlossen. Mit der Ausstellung einer Lohn- und Wohnungssatzstelle wurde eine Kommission eingesetzt und sich unsere Zahlstelle allmählich in ihre Aufgabe hinein. Haben wir auch im ersten Jahre keine Bewegung zu verzeichnen, so haben wir gelernt und erkannt, was wir zu tun und zu lassen haben. Hierauf erstattete unser Kassierer Kollege Wolf einen übersichtlichen Rapportbericht. Die Mitglieder konnten sich so recht überzeugen, wie notwendig die Einführung eines Lokalbeitrages war, um auch etwas erübrigen zu können, für Fälle, wo die Zentral-Kasse nicht in Anspruch genommen werden kann. Nachdem den beiden Kollegen von seiten der Mitglieder ihre Anerkennung für die der Zahlstelle geleisteten Dienste ausgesprochen, wurde zur Wahl geschritten. Unser bisheriger bewährter Ausschuß wurde dann auch wieder gewählt; als Schriftführer wurde Kollege Knorr neugewählt. Der Vorsitzende richtete dann an die Kollegen einen kräftigen Appell, ferner fleißig und pünktlich die Versammlungen zu besuchen und in der Agitation, besonders bei den jüngeren Kollegen, nicht zu erlahmen (steter Tropfen höhlt den Stein) und auch über alle Hindernisse, deren wir ja auch nicht verschont sind, hinwegzukommen, sich durch nichts abhalten zu lassen. Aus jedes Mitglied auf seinem Posten seine Pflicht und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Durch engen Zusammenhalt und gegenseitiges Vertrauen werden wir in nächster Zeit den Beweis erbringen, daß die Organisation das beste Mittel ist, um unseren Stand nach jeder Seite hin zu heben und zu fördern. Also auf Kollegen, wacker mitgearbeitet, nicht beiseite gehanden und wir werden den Indifferenten Achtung und Anerkennung abringen, desgleichen auch unseren Gegnern.

Bürsten- und Pinselmacher.

Todman. Auch wir Todmanner wollen einmal aus dem Winterschlaf erwachen und etwas von uns hören lassen. Am 3. März wurde hier eine Agitationsversammlung abgehalten, hauptsächlich für die Bürsten- und Textil-Industrie und nebenbei auch für die Metallarbeiter. Es war zu diesem Zweck aus jedem Beruf ein Referent anwesend, die den Gewerkschaftsgeanken darlegten, die noch schlafenden aufzuwecken und ihnen ihre nicht gerade rosigte Lage einmal vor Augen führen. Hierbei machte doch hier noch eine Arbeitszeit von sage und schreibe 11 1/2-12 Stunden. Dazu kamen in letzter Zeit noch Überstunden, sodaß verschiedene Arbeiter 14 Stunden aushalten mußten. Dabei treffen wir Stundenlöhne von 20-25 Pfg. und Akkordlöhne von 2,30 Mk. bis 3 Mark. Das Glück, über 3 Mk. zu verdienen, besitzen die wenigsten Arbeiter und meistens nur solche, die infolge ihrer Spezialität von andern nicht beeinflusst werden, oder sonst in zu gutem Einvernehmen mit dem Arbeitgeber stehen. Dabei darf aber kein Mensch glauben, daß die Lebensverhältnisse gegenüber den Löhnen auch so niedrig seien, nein im Gegenteil hier kommt Todman neben manche Großstadt zu stehen. Da ist es doch unter diesen Umständen gewiß notwendig, daß man sich endlich entschließt und der Organisation beiträgt, um die schlechten Verhältnisse einigermaßen ausgleichen zu können. Es haben nun auch eine beträchtliche Anzahl Kollegen dies eingesehen und sich in der Versammlung annehmen lassen, was für unsere Ortsgruppe ein guter Fortschritt ist. Haben wir es doch so weit, daß wenigstens in jedem Geschäft einige Kollegen organisiert sind und es auch in den umliegenden Orten wacker vorangeht. Jetzt besteht nun die Hauptaufgabe darin, die Zahlstelle nach innen auszubauen und zu festigen. Dies ist aber nur möglich wenn die Kollegen fleißig in die Versammlungen kommen, damit man mehr Fühlung und Schätzung bekommt und auch gefestigt besteht, wenn einmal ein Anprall von schmerz-macherischer Seite kommt. Sodann sei auch jedes Mitglied ein eifriger Agitator und suche die noch fernstehenden für unsere Sache zu gewinnen. Nehmen wir hierin ein Beispiel an unserem eifrigen Bezirksleiter Kollegen Bacher, der keine Anstrengung und keine Marschbefehle scheut, den Gewerkschaftsgeanken in die entlegensten Winkel des Schwarzwaldes hineinzutragen, und wo es das erste Mal keinen Erfolg zu verzeichnen hat, sich nicht abhalten läßt auch ein zweites Mal mit neuem Mut anzujagen. Wenn jeder so an seinem Plage ist, dann wird auch für uns Bürstenmacher einmal ein Aufreistebensmorgen kommen, an dem wir nicht mehr wie bisher zu den Armen der Armer gezählt werden müssen. Darum Kollegen, auf zur Tat und einmal die leidige Menschenfurcht beiseite gelegt.

Sterbefälle.

- Anton Peters, Schreiner, gestorben zu Krefeld.
- Leo Weil, Schreiner, gestorben zu Krefeld.
- Josef Wied, Schreiner, gestorben zu Hamburg.
- Rußel in Frieden.

Gewerkschaftliches.

Der Vorstand des jözb. Holzarbeiterverbandes wendet sich in Nr. 10 der Holzarbeiter-Zeitung „an die Mitglieder“, um dieselben zu bewegen, zur Abwehr der vom Arbeitgeberverband gegen den jözb. Holzarbeiterverband gerichteten Maßnahmen eine erhöhte Opferwilligkeit zu bekunden. Er weist darauf hin, daß aus den Kreisen der Mitglieder fortgesetzt Anregungen beim Hauptvorstand der Kasse eintretende Anregungen beim Hauptvorstand einfließen, damit dieser, um die durch eine eventl. Leerung der Kasse eintretende Aktionsunfähigkeit des Verbandes vorzubeugen, einen allgemeinen Extrabeitrag auszusprechen möge. Diese Besürchtigungen, so wird erklärt, seien vorläufig keineswegs begründet. Die Leistungsfähigkeit des Verbandes sei so groß, wie nie zuvor. Wenn trotzdem eine Reihe Zahlstellen aus eigener Initiative zur Erhebung eines Extrabeitrages geschritten seien, so gebe dieses ein Zeugnis für die angutreffende Opferwilligkeit. So entrichteten heute die in Berlin in Arbeit stehenden Mitglieder des Verbandes einen wöchentlichen Beitrag von 1,90 Mk. Die Zahlstelle Kiel habe den Beitrag auf 1,75 Mk. erhöht, die Zahlstelle Hamburg-Altona auf 1,20 Mk. In den Zahlstellen Leipzig, Blankenese und Fürstenwalde würde z. B. ein wöchentlicher Beitrag von 1 Mk. erhoben; in Hamm ein solcher von 0,80 Mk. Der Hauptvorstand erklärt dann:

„Diese Beispiele von dankenswerter Opferwilligkeit haben den Vorstand in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften mit dazu geführt, von der geforderten Ausschreibung obligatorischer Extrabeiträge für alle Mitglieder Abstand zu nehmen. Bismehr beschränken wir uns darauf, den Zahlstellen zu empfehlen, den guten Beispielen von Berlin, Kiel, Burg, Hamburg, Leipzig, Blankenese, Fürstenwalde, Hamm und anderen nach zu folgen. Viele Einrichtungen an die „Holzarbeiter-Zeitung“ und an den Vorstand haben die bestimmte Ansicht ausgesprochen, daß die Mitglieder wohl ausnahmslos sich verpflichten lassen und deshalb auch mit Freuden bereit sein werden, auf mindestens 25 Wochen einen Monatsbeitrag von 20 bis 50 Pf. wöchentlich, je nach Leistungsfähigkeit, zu entrichten. Nun möchten wir, mögen die Mitglieder in ihren Zahlstellenversammlungen entsprechende Beschlüsse fassen. Würden alle Zahlstellen sich dazu entschließen, mit den nächsten beiden Abrechnungen nur je 2 bis 3 Mk. pro Mitglied und Quartal, sei es durch vorübergehende Erhöhung des Lokalbeitrages, oder durch Extrabeiträge, oder auch aus den vorhandenen Mitteln der Lokalkasse, an die Hauptkasse freiwillig abzuführen, so würde eine solche Entschliebung ihren Eindruck auf die Herren vom Arbeitgeberverband sicherlich nicht verfehlen.“

Nach alledem ist es wohl verfehlt, anzunehmen, daß der jözb. Verband unter den vom Arbeitgeberverband vorgeschlagenen Bedingungen in Berlin Frieden schließt. (Siehe auch unter Lohnbewegungen.)

Ein Großindustrieller für die Gewerkschaften. Im „Sozialwissenschaftlichen Verein“ zu Nürnberg hielt kürzlich der Besitzer einer dortigen großen Bleimünzfabrik, Schwambacher, einen Vortrag, der um so bemerkenswerter ist, als Herr Schwambacher die von den meisten unserer Großindustriellen gegangenen Lehren für veraltet hält.

Das sich in Deutschland die Lohnkämpfe und insbesondere die Ausperrungen immer mehr verschärfen und im Umfang zunehmen, sei im allgemeinen darauf zurückzuführen, daß in Deutschland in den Köpfen der Großindustriellen immer noch zu stark der feudale Geist ipse und in den Fabriken das militärische System vorherrschend sei; ferner, daß die deutschen Unternehmer zum größten Teil auf dem feiner Ueberzeugung nach ganz falschen Standpunkt stehen, Arbeiterorganisationen unter keinen Umständen anzuerkennen. Der „soziale Frieden“ auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sei nur möglich bei vollständiger Anerkennung der Arbeiterorganisationen; das Gegenteil sei falsch und manchmal (für den Profan) sogar gefährlich. Ebenso verfehlt und unbegründet sei, wenn die deutschen Unternehmer gegenüber den Arbeiterorganisationen sich auf den Standpunkt stellen, der „eigene Herr im Hause“ bleiben zu wollen, denn in vielen großen Betrieben könne bei der heutigen Gewinnleistung der Großindustrie, bei dem Ueberhandnehmen der die Preise und sogar den Umfang der Produktion bestimmenden Kartelle und Syndikate vom „Herr sein im eigenen Hause“ ohnedies nicht mehr die Rede sein. Und überdies beschränke sich das Streben der Arbeiterorganisationen nur auf das Nützlichkeitsrecht in Bezug auf Arbeitszeit, Lohn und dergleichen. Fragen, an denen die Arbeiter als Verfechter ihrer Arbeitskraft unmittelbar interessiert seien, während aber in technischen und anderen Dingen der Unternehmer noch wie vor der „Herr im Hause“ bleiben könne. Neben der Erziehung der deutschen Unternehmer zu sozialem Denken müsse Hand in Hand gehen die Erziehung der Arbeiter, die auf Gehaltung der sozialen Verhältnisse in den Betrieben nicht ohne Einfluß seien. Die Schuld an der Verschärfung der sozialen Konflikte in Deutschland läge nicht Schwambacher auf den Unternehmern. Ferner müsse er zu keinem Behaupten festhalten, daß die Arbeiterführer bei Ueberhandnahmen oft mehr Last tragen haben, als manche Unternehmer. Ueber die Strafrechtler sagt der Großindustrielle, diese seien Leute mit menschlichem Gesicht. Allerdings seien sie ihm als Unternehmer bei einem Arbeitskampf in seiner Fabrik nicht lieber als die Organisten, aber nur bei einem Streit. Er nehme es niemandem übel, wenn er auf die Strafrechtler mit einer gewissen Berachtung herabschähe. Zum Schluß gab der Nürnberger Bleimünzfabrikant der Hofnung Ausdruck, daß die deutschen Unternehmer gegenüber den Arbeiterorganisationen immer mehr zur Besinnung kommen müßten.

Protest aus der Rheinpfalz. Der Artikel „Rechenhaft“ in Nr. 9 unseres Organs befaßte sich auch mit dem Berichte, den der auf kürzere Zeit vom Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften in der Pfalz angestellte Kollege Erising über seine Tätigkeit und die gesammelten Ausführungen erstattet hat. Beigefügt war den Erising'schen Ausführungen als Kuriosum, daß es dem in Neustadt a. S. bestehenden kath. Arbeitersekretariat nicht gelungen sei, auch nur eine Zahlstelle einer christl. Gewerkschaft am Orte zu gründen, noch seinen eigenen Sekretär gewerkschaftlich zu organisieren. Der Arbeitersekretär Bernzott will dieses nun nicht gelten lassen und sendet uns folgendes Schreiben:

Neustadt a. S., den 9. März 1907.
Berechtligte Redaktion!

Gestatten Sie einem im „Deutschen Holzarbeiter“, dem Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Angegriffenen folgende Erwiderung:

In dem Artikel „Rechenhaft“ in Nr. 9 vom 1. März wird u. a. die kurze Tätigkeit des Sekretariats der Bayer. Rheinpfalz — gemeint ist das Gewerkschaftssekretariat in Kaiserslautern, dessen Sekretär Herr Erising war, — besprochen. Es liegt mir nun fern, an diesem Berichte Kritik zu üben, z. B. zu berücksichtigen, durch welchen Tätigkeit die 1000 Mitglieder in St. Ingbert zu verzeichnen sind, ob durch den ehemaligen Gewerkschaftssekretär in Kaiserslautern oder durch die St. Johanner Gewerkschaftssekretäre. Mir obliegt die Pflicht im Interesse des Ansehens des kath. Arbeitersekretariats, dessen Sekretär ich bin, folgendes zu konstatieren: Am 1. März 1905 kam das kath. Arbeitersekretariat, als neugegründet, nach Neustadt a. S. Ein kath. Arbeiterverein war nicht vorhanden, auch nicht eine einzige Zahlstelle einer christl. Gewerkschaft. Wohl waren aber in diesem Blatt erwähnten freien Gewerkschaften vorhanden und die hier nicht erwähnten Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften. Bei letzteren war der kurz vor meiner Hiertkunft verstorbenen kath. Kirchenbedienten ein Schneider seinem Verze nach — der Bertramsmann, der die meisten organisationsfähigen nicht sozialdemokratischen Arbeiter den Hirsch-Duncker'schen zuführte. An diesen gerabegru traurigen Verhältnissen mußte ich rechnen bei meiner Hiertkunft. 1/4 Jahr dauerte es, bis ich in der nicht zu großen „Pforte der Pfalz“ 15 kath. Arbeiter zur Gründung eines Arbeitervereins gewann. Diese Gründung gelang und nachdem ein Duzend Metallarbeiter in dem damals etwa 5 Duzend Mann starken Arbeiterverein waren, berief ich sie zu einer Besprechung, referierte über die Bedeutung der christl. Gewerkschaften und es gelang mir von den erschienenen 10 Mann 8 der Nachbarzahlstelle des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes zuzuführen. Die Neustädter Metallarbeiter bildeten bald in dieser Zahlstelle die Mehrheit, sodaß die Zahlstelle Neustadt am 1. Jan. sich in eine solche Neustadt a. S.-Neustadt umwandelte. Außer dieser Zahlstelle besteht auch eine Domanngasse des vor Jahren von mir in der Pfalz eingeführten Bayer. Eisenbahnverbandes, dem so manche unserer kath. Vereinsmitglieder hier angehören, ferner eine starke Domanngasse des Bayer. Post- und Telegraphen-Bedienten-Personals, die leider noch nicht den Anschluß an den Gesamtverband gefunden hat. Gar manchmal versuchte ich es schon mit den vorhandenen 5 bis 6 Holzarbeitern. Gerade der frühere Kaiserslauterer Gewerkschaftssekretär konnte hier so wenig ausrichten, wie ich. Zwei eifrige Mitglieder des christl. Verbandes und ich besprachen im Sekretariat recht lange die Angelegenheit, die Sache gelang nicht. Wir müssen eben mit den hier vorhandenen, bereits erwähnten traurigen Verhältnissen rechnen. Dazu kommt noch, daß gerade die nicht sozialdemokratischen zahlreichen Arbeiter dem Arbeiter- und Gesellen-Bund angehören und da von unseren Bestrebungen zu abhängig, auch schwer für die Organisation zu haben sind. (Wiederholt ist die kleine Zahlstelle der soziald. Arbeiter verfallen.) Daß das Sekretariat bereits Fühlung nahm wegen Bauhandwerker-Organisationen und anderer, sei hier nur nebenbei bemerkt. Ich tat für die Gewerkschaften hier, was man unter so traurigen Verhältnissen nur tun kann.

Der deutsche Holzarbeiter“ bringt weiter als „Kuriosum“ die Nachricht, daß es dem kath. Arbeitersekretariat nicht gelungen sei, seinen eigenen Sekretär gewerkschaftlich zu organisieren. Wie folgt daraus! Ich war von 1883 bis 1899 Schriftsetzer, dann Expedient, später als Korrektor und in einer Redaktion tätig. Als Schriftsetzer war ich organisiert im „Deutschen Buchdrucker-Verband“.

Für den ich große Sympathie noch in späteren Jahren hatte, aber seinerzeit austrat, weil es mir mit anderen christlich-gesinneten Arbeitern gerade die Mitarbeit — es war in stürmischer Zeit — verweigert wurde. Eine christliche Buchdruckerorganisation gab es nicht, in der man sich gewerkschaftlich betätigen konnte. Und die gab es auch noch lange Zeit danach nicht, deshalb schloß ich mich dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband an, und dies geschah, ehe der Gutenbergbund offiziell als tarifstreuere Organisation den pflichtgesinneten Buchdruckern warm empfohlen wurde. (Möge man sich bei Herrn Schöber, Vorsitzender des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Zahlstelle Neustadt a. S. Neustadt über meine Mitgliedschaft erkundigen.)

Ich warne, als Freund und Mitglied der christlichen Gewerkschaften, unser kath. Arbeitersekretariat ungerecht anzugreifen. Ich protestiere, daß man mich als Mitbegründer der christlichen Gewerkschaften, der auch seit zwei Jahren mit den „Fachabteilungen“ ständig im Abwehrkampf liegt und jederzeit den christl. Gewerkschaften ein eifriger Mitarbeiter und Förderer gewesen ist, öffentlich anrempelt. Gerade eben, wo ich alle Hände voll zu tun habe, um die kath. Arbeitervereine der Pfalz zum Abwehrkampf gegen die Einfälle der „Berliner aus Saarabien zu veranlassen, hätte ich gewünscht, daß der Artikel des christl. Holzarbeiter-Verbands-Organs unser Arbeitersekretariat und mich, nicht in einer solchen Weise verunglimpft. Ich kenne den Autor. Die Abrechnung mit ihm kommt. Jetzt ist die Zeit zu kostbar.
Arbeitersekretär R. Bernzott.

Für das in Nr. 9 Enthaltene, trägt nur die Redaktion die Verantwortung. Herr Bernzott ist bezgl. seiner Vermutungen nach der Autorschaft vollständig auf falscher Fährten ebenso auch wenn er glaubt, daß seine Ausführungen ihn den Augen der christl. Gewerkschaftler nunmehr als die von folgte Unschuld erscheinen lassen. Wir freuen uns aber, daß unsere Kritik seinen Widerspruch hervorgerufen hat. Zuversichtlich ist zu hoffen, daß das nun doch gegebene gute Beispiel des Herr Bernzott namentlich in seinen Kollegenkreisen Nachahmung findet und das erste Jahr der gewonnenen Mitgliedschaft, die christl. Gewerkschaften in der Pfalz durch eine stetige Zunahme der Mitgliederzahl begleitet.

Soziale Rundschau.

Geplünderte Tischlerinnungskassette. In den Räumen der Tischlerinnungskassette zu Berlin, Schmöckerstraße 15, wurde ein Einbruch verübt und fielen den Dieb 17 000 Mk. in die Finger. — Es würde gar nicht wunder nehmen, wenn die Herren vom „Arbeitgeber-Schutzverband der deutschen Tischlermeister“ auf den Gedanken kommen würden, daß dieser Einbruch von ausgesperrten Tischler lediglich zu dem Zwecke unternommen wäre, um die Kasse des sozialdem. Holzarbeiterverbandes zu füllen. Die „Zeitung“ rechnet ja recht stark damit, daß letzterer Einbruch in der Kasse habe.

Aus dem gewerblichen Leben.

Bereinigung der Holzdrehwaren-Fabriken. Die Gründung einer Vereinigung deutscher Holzdrehwaren-Fabriken Blätternachrichten zufolge im Prinzip beschlossen sein. Anglich wird beabsichtigt, den Vertrieb der Waren einem gemeinsamen Verkaufskontor zu übertragen. Die Holzdrehwaren-Fabriken stellen in der Hauptsache Stapelartikel her, Tischfüße, Bettfüße, Schrank- und Sofafüße, Bank-, Schrank- und andere gedrehte Säulen, sowie Treppenteufeln. Gerade in dieser Branche eine Schmuggelkonturrenz anzutreffen ist, wie sie größer kaum sein kann, dürften die Arbeiter letzten sein, welche die Bildung einer derartigen Vereinigung bedauern.

Briefkasten.

Berichte aus Beverungen, Cleve, Lünen, Eilshausen, Schwein und Ahlen mußten für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Das Reich

Beständige nationale Berliner Tageszeitung für soziale Reform. Bezugspreis bei allen Postanstalten vierteljährlich 2,55 Mk., wozu noch 85 Pf. bei freier Zustellung des Monats vierteljährlich 72 Pf., monatlich 24 Pf. mehr. „Das Reich“ ist daher die billigste Zeitung zweimal wöchentlich, nationale Tageszeitung der Reichshauptstadt. Eigener Verleger, eigene Spezialredaktion. Probeausgaben kostenlos. Bestellschreiben an: Berlin SW. 44, Johanniterstr. 6.

Tischler-Fachschule, Leipzig

Staatlich konzipierte Lehranstalt.)
Bertmeißer, Zeißner, Meißner,
Lehrer. Fortwährende Aufstellung; einjährige Lehrmethode. — Programm frei von Dir. G. Strick, Leipzig, Nr. 15.

Daals (Holland).

Sonntag, den 17. März, abends 7 Uhr
Gemeinsame Versammlung
der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine.
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.
Einzieher, Mischer und Pecher
haben konträre und gut lohnende Beschäftigung bei
Schade & Co., Tisch- und Tischwarenfabrik
Gandelsheim.

„Neues Münchener Tagblatt“

Weit verbreitete katholische Tageszeitung in Bayern. Vertritt entschieden die Interessen der christlich-nationalen Arbeiter-Bewegung.
Bezugspreis monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2,10 Mk. mit Versicherung bei Todesfall und Ganz-Unfallität Folge Unfalls mit 1000 Mk., Gehalt mit 2000 Mk.

Einige tüchtige Borstenjurichter

für dauernde Arbeit gesucht.
G. S. Fischer, Pinfelstraße
Neustadt a. S. (Rheinpfalz)

Tüchtige Möbelschreiner

werden nach Zürich (Schweiz) gesucht. Auskunft erteilt christliche Arbeitersekretariat Zürich III, Rotweilstraße 50.
Suche per sofort oder später tüchtige selbständige
Bildhauer
(Ornamentiker) für Kirchenarbeit. 9 stündige Arbeit hoher Lohn.
Willy Burg, Gellenstraße
Blumenstraße 63.
Verantwortl. Redakteur: Carl Sauter, 66a
Druck von Geisler & Co., Zürich, 68a.